



Regierungsratsbeschluss vom 10. März 2015

Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas; Eröffnung der Vernehmlassung

P141849

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten EDA.

Begründung

Der Regierungsrat unterstützt die vom Bundesrat beantragte inhaltlich unveränderte Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas bis 2024. Damit wird auch die Rechtsgrundlage für den Schweizer Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union beibehalten.

